

Die Friedenssicherung ist und bleibt die wichtigste Aufgabe der Gegenwart. Gemeinsam mit den anderen Staaten des Warschauer Vertrages hat die DDR in der Budapester Erklärung vom Juni dieses Jahres ein weitreichendes Programm für Abrüstung und Entspannung vorgelegt, das der Welt die großartige Perspektive bietet, frei von Atomwaffen in das Jahr 2000 einzutreten und auf Dauer eine friedliche Zukunft zu sichern.

In voller Übereinstimmung mit der Hauptforderung Ihrer Bewegung ist das Vordringlichste in der Tat der nukleare Teststopp. Er wäre ein Durchbruch zur Einstellung des atomaren Wettrüstens und zur völligen Abschaffung dieser Waffenart.

Die Entscheidung der Sowjetunion, ihr einseitig praktiziertes Moratorium erneut zu verlängern, ist dafür eine Vorleistung von weltpolitischer Bedeutung und zugleich ein überzeugendes Beispiel für verantwortungsbewußtes Herangehen an die Fragen der internationalen Politik im Atomzeitalter.

Der erfolgreiche Abschluß der Stockholmer Konferenz über Vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen und Abrüstung in Europa bestärkt uns in der Gewißheit, daß eine echte Chance besteht, zur Gesundung der internationalen Beziehungen, zu einer Wende vom Wettrüsten und von der Konfrontation zur Zusammenarbeit und zur Entspannung zu kommen.

Die DDR wird sich auch weiterhin mit der Politik des sachlichen Dialogs aktiv für eine solche Verbesserung der internationalen Lage einsetzen. Sie wird alles dafür tun, damit von deutschem Boden nie wieder Krieg ausgeht.

Wir sind davon überzeugt, daß für weitere gemeinsame Aktionen im Interesse des Friedens und für die Rettung der menschlichen Zivilisation die Stimme der Internationalen Ärztebewegung zur Verhütung eines Nuklearkrieges auch künftig von großem Gewicht sein wird. Es erfüllt uns mit Freude, daß dafür auch die Ärzte und Zahnärzte unserer Republik mit hohem Engagement einen wachsenden Beitrag leisten. Für den bevorstehenden neuen Abschnitt Ihrer Tätigkeit wünsche ich Ihnen viel Kraft und Erfolg.

Mit sozialistischem Gruß

Erich Honecker
Generalsekretär des Zentralkomitees
der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands
und Vorsitzender des Staatsrates
der Deutschen Demokratischen Republik

Berlin, den 2. Oktober 1986